

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth vom 6. bis 8. Januar 2016

TERRORISMUS WIRKSAM BEKÄMPFEN

07.01.2016

Die schrecklichen Anschläge von Paris haben gezeigt, dass wir in Europa dringend einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung von Terrorismus und islamistischem Extremismus benötigen. Wir stehen an der Seite unserer französischen Nachbarn und unterstützen die gezielte Bekämpfung des sogenannten Islamischen Staates mit umfangreichen Anti-Terror-Maßnahmen. Diese Maßnahmen müssen von allen Mitgliedstaaten getragen und unterstützt werden. Terrorismus endet nicht an der Grenze. Ein noch so großes Engagement in einem Staat wird erst durch entschlossene grenzüberschreitende Zusammenarbeit effektiv. Nur dann können terroristische Gefahren frühzeitig erkannt und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir unterstützen daher die Vorschläge der Europäischen Kommission für einen besseren Informationsaustausch und eine bessere Vernetzung der Sicherheitsbehörden. Eine Vereinheitlichung der Straftatbestände im Bereich der terroristischen Straftaten in allen EU-Mitgliedstaaten ist dringend erforderlich.

Unser Ziel ist es, dass Deutschland, wie bereits bei der IT-Sicherheit oder der Einführung von Höchstspeicherfristen für Verbindungsdaten, eine Vorreiterrolle bei der Bekämpfung des Terrorismus einnimmt. Dies setzt voraus, dass wir wirksam gegen die Finanzierung von Terrorismus vorgehen und uns gegen extremistische Propaganda im Internet zur Wehr setzen. Wer das friedliche Zusammenleben der Völker stört, muss mit der vollen Härte des Rechtsstaats rechnen.

Dem Terrorismus die finanziellen Grundlagen entziehen

Unser Ziel ist es, die Finanzquellen der Terrororganisationen auszutrocknen. Die hierfür maßgeblichen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats aus den letzten zwei Jahren müssen vollständig umgesetzt werden. Deutschland darf nicht länger bei der Aufklärung und Sanktionierung terroristischer Finanzströme hinterherhinken.

Die CSU-Landesgruppe setzt sich daher dafür ein, dass

- ◆ das Recht der Vermögensabschöpfung endlich novelliert wird. Bei unklarer Herkunft des Vermögens muss eine vorläufige Beschlagnahme Vorrang vor einem Verbleib des Vermögens bei den mutmaßlichen Tätern haben. Liegen auch nur mittelbar Anhaltspunkte für eine Terrorfinanzierung vor, ist das Geld durch die Sicherheits- und Aufsichtsbehörden unmittelbar zu beschlagnahmen. Strafgesetzbuch und Kreditwesengesetz sind entsprechend anzupassen.

- ◆ auch bei Online-Bezahlungen mit zuvor erworbenen Gutscheinen oder aber aufgeladenen Kreditkarten eine persönliche Identifizierung ab einem Betrag von 50 Euro jederzeit möglich sein muss.
- ◆ ein international geltender Rechtsrahmen für Onlinewährungen, wie etwa Bitcoin, geschaffen wird. Dieser muss Ermittlungs- und Sicherstellungsmöglichkeiten für die Sicherheitsbehörden beinhalten.

Propaganda verhindern

Die Freiheit des Internet wird gezielt zur Werbung für islamistischen Extremismus und Terrorismus missbraucht. Verschlüsselte Kommunikation wird zur Vorbereitung von terroristischen Straftaten eingesetzt, extremistische Propaganda über soziale Medien verbreitet. Wir haben unsere Dienste und Sicherheitsbehörden daher bereits personell und technisch erheblich verstärkt. Dies war nur ein erster Schritt und wird alleine nicht reichen, um Propaganda für Extremismus und Terrorismus im Internet deutlich zu reduzieren.

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt sich daher dafür ein, dass

- ◆ die Betreiber von sozialen Medien (z.B. Facebook) und sonstigen Kommunikationsdiensten (z.B. Twitter) ihrer Verantwortung nachkommen und eine Weiterverbreitung von gewaltverherrlichenden und extremistischen Inhalten von sich aus umgehend unterbinden. Entsprechende Inhalte sind sofort zu löschen, Konten zu sperren und die Sicherheitsbehörden zwingend zu informieren. Volksverhetzende und rassistische Begriffe müssen bereits zuvor, soweit technisch möglich, herausgefiltert werden. Automatisch generierte Propaganda-Inhalte sind durch wirksame Plausibilitätsprüfungen auszuschließen.
- ◆ die Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen wieder voll umfänglich unter Strafe gestellt wird. Unterstützern und Befürwortern von Terroristen muss klar sein, dass ein wehrhafter Rechtsstaat ihr Handeln nicht duldet.

Konsequent gegen Gefährder vorgehen

Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes leben in Deutschland mehr als 1.000 Gefährder. Sie sind nicht nur zu Straftaten von erheblicher Bedeutung bereit, sondern stellen sich auch bewusst immer wieder gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt sich daher dafür ein, dass

- ◆ bereits verurteilte Gefährder rund um die Uhr mit Hilfe einer elektronischen Fußfessel überwacht werden.
- ◆ Personen, die im Ausland für eine Terrormiliz gekämpft haben und eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen, die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen wird. Wer sich dem islamistischen Terrorismus im Ausland anschließt, zeigt damit die Abkehr von all unseren Werten und unserer Verfassung.

Radikalisierung verhindern - Deradikalisierung fördern

Radikalisierung kann überall beginnen. Ob in der Familie und in Schulen oder in Vereinigungen, nirgends sind junge Menschen vor Propaganda und systematischer Beeinflussung gefeit. Insbesondere in Gefängnissen ist eine Radikalisierung von Insassen zu beobachten.

Allerdings radikalisiert sich niemand über Nacht, sondern dies geschieht schrittweise. Prävention und Aufklärung sind daher wichtige Bausteine im Kampf gegen den Terror. Daher müssen wir die Öffentlichkeit stärker für das Thema Extremismus sensibilisieren. Wir brauchen starke Präventions- und Aufklärungsprogramme. Beratungsprogramme für Eltern, Angehörige, Freunde und Lehrer müssen weiter ausgebaut werden.

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt sich daher dafür ein, dass

- ♦ die Aufmerksamkeit der Beteiligten für eine mögliche Radikalisierung in ihrem Umfeld weiter geschärft wird. Eltern, Angehörige, Freunde und Lehrer sind oft die ersten, denen eine Radikalisierung eines Menschen auffällt. Beratungsstellen und fachkundige Ansprechpartner müssen für Betroffene daher rund um die Uhr verfügbar sein.
- ♦ niederschwellige Präventionsprogramme auch weiterhin von Bund und Ländern finanziell unterstützt werden. Staatliche und private Angebote müssen besser aufeinander abgestimmt und zu einer einheitlichen bundesweiten Präventionsstrategie zusammengeführt werden.
- ♦ Bund und Länder die finanzielle und personelle Ausstattung von Aussteigerprogrammen gewährleisten.